

1962, 13
Hüttenwerk Oberhausen
Bücherei
7. 12. 62.

echo der arbeit 13

3 W 2503 D · 1962 · NUR FÜR BETRIEBSANGEHÖRIGE

thyssenkrupp Corporate Archives

Ein anregendes Ärgernis

In diesen Wochen feierte die Werkzeitung eines großen Frankfurter Unternehmens „Jubiläum": die hundertste Ausgabe war erschienen. Oft ist es eine rechte Qual, sich derartige Exemplare anzuschauen. In diesem Fall war es anders. Die Rückblicke auf die Vergangenheit waren genauso frisch und lebendig geschrieben wie die aktuellen Berichte, Reportagen und Glossen. Ein Artikel hat uns besonders gefallen, ein Artikel aus der Feder des Firmeninhabers mit der provozierenden Überschrift: „Sie soll ein Ärgernis sein!" Gemeint war die Werkzeitung.

Im einzelnen schreibt der Chef dieses Unternehmens: „Eine gute Werkzeitschrift muß wohl ein Ärgernis sein — in jenem wichtigen Sinne, der diesem Begriff gleichzeitig die guten Folgen zuordnet: nämlich Anregung, Anstoß zur Auseinandersetzung mit Mitarbeitern, Vorgesetzten, Untergebenen und ihrer aller Meinung. Unsere Werkzeitschrift soll nach dem Willen des Vorstandes und der Redaktion weiterhin in diesem Verständnis ein anregendes Ärgernis sein." Mit diesen Worten ist klargestellt, daß dieser Chef keinem „Radaublatt" das Wort redet.

Aber mit dem gleichen Nachdruck wendet er sich gegen die Auffassung, eine Werkzeitschrift sei nur dann gut, wenn niemals eine Beschwerde eintrifft. Dieses Urteil kann man fast umkehren: eine Werkzeitschrift, die niemanden aufregt und auch niemals zur Beschwerde veranlaßt, taugt in der Regel nichts! Wer würde da widersprechen? Am wenigsten die Gestalter unserer Werkzeitschrift. Daß sie sich schon häufig in der Schußlinie, oder ziviler ausgedrückt, im Kreuzfeuer der Meinungen sahen (übrigens durchaus mit wechselnden Fronten), haben sie immer als journalistische Aufgabe aufgefaßt.

Und so sollte es eigentlich bleiben. Nur durch Anregungen, Kritik und Selbstkritik kommt man zu neuen Lösungen. Und nur dadurch, daß die Leser manchmal an den im „echo" niedergeschriebenen Meinungen und Vorstellungen „Anstoß" nehmen, kommt unser Werk zu einer Zeitschrift, die den Namen „Werkzeitschrift" verdient.



UNSER TITELBILD:

Auf Licht und Schatten und Linien, die sich hier perspektivisch in einem Punkt vereinigen, reduziert sich für den Künstler der Blick auf unsere Grobblechstraße.

echo der arbeit Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rhld.). Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Karl-Heinz Marpe. Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung), Telefon 24681, Werksruf 4267 und 2347. Zustellung kostenlos. Textbeiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar. Herstellung: VVA-DRUCK, Vereinigte Verlagsanstalten G. m. b. H., Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf. Klischee-Herstellung: Vignold, Essen (Ruhr), Gärtnerstr.

Die Lage im letzten Quartal:

Wo stehen wir?

Betriebslage: Nach einer vorübergehenden Belebung im Frühjahr d. J. hat sich der Auftragseingang in den letzten Monaten wieder abgeschwächt. Besonders betroffen wurde hiervon der Halbzeug- und Profilbereich, während die Lage auf dem Flachstahlsektor bis Ende September noch zufriedenstellend blieb.

Über das gesamte Quartal gesehen konnte die Produktion in den meisten Erzeugungsgebieten gegenüber dem Vorquartal gesteigert werden, jedoch wirkten sich auch in diesem Zeitraum bei den Profilstraßen die geringen Losgrößen und kurzen Lieferfristen stark hemmend auf die Leistung aus.

Die Rohstahlerzeugung betrug im Berichtszeitraum 534932 t und lag damit um rd. 58500 t oder um 12,3 Prozent über der des vorhergehenden Quartals. Auch die Rohstahlerzeugung des Vergleichszeitraumes im Vorjahr konnte um 10000 t bzw. 1,9 Prozent übertroffen werden. Die Steigerung der Rohstahlerzeugung wurde durch stärkere Ausnutzung der SM-Stahlwerke erreicht. Das Thomasstahlwerk arbeitete normal durch, während das Rotorstahlwerk weiterhin stillag.

An Roheisen wurden 389964 t erschmolzen gegenüber 370740 t im vorhergehenden Quartal und 448830 t im 3. Quartal 1961. Wie schon im vorhergehenden Quartal, waren auch im Berichtszeitraum nur vier große Hochöfen und der kleine Ferro-Mangan-Hochofen in Betrieb.

An Walzstahlprodukten einschließlich Halbzeug für Fremde wurden 390545 t erzeugt. Die Produktion des vorhergehenden Quartals wurde damit um rd. 29000 t bzw. 8 Prozent übertroffen, dagegen konnte die Gesamterzeugung des 3. Quartals 1961 (418000 t) nicht erreicht werden.

Im Werk Gelsenkirchen konnten im 3. Quartal 1962 die vorhandenen Produktionsanlagen weitgehend ausgenutzt werden. Der Gesamtversand an Draht und Drahterzeugnissen betrug 27448 t gegenüber 24570 t im Vorquartal und 27618 t im 3. Quartal des Jahres 1961.

Die Erzeugung an Zement und Hüttensteinen ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

	3. Quartal 1962	2. Quartal 1962	3. Quartal 1961
Zement (t)	97 000	94 500	103 500
Hüttensteine (Mill. Stück)	13,77	12,78	14,50

Die Thomasschlackenmühle konnte in zweischichtigem Betrieb 64452 t Thomasphosphat erzeugen und zum Versand bringen.

Absatzlage: Der Bruttoauftragseingang an Walzstahl unterschritt im Zeitraum Juli bis September 1962 das im Vorquartal erreichte Niveau sowie den entsprechenden Vorjahresstand. Dabei gingen vor allem die Bestellungen aus dem Inland zurück.

Beim inländischen Stahlverbrauch wirkten sich die Urlaubszeit und der zunehmende Übergang zu geschlossenen Betriebsferien aus. Auf der anderen Seite stieg die Einfuhr an Walzstahlfertigerzeugnissen an. Die Importe an Walzstahlfertigerzeugnissen betrugen im

Monatsdurchschnitt 1961	216 537 t
Monatsdurchschnitt 1. Halbjahr 1962	251 109 t
Juli 1962	326 130 t
August 1962	281 340 t

Nach der Erhöhung der französischen Stahlpreise hat sich der Abstand zu den deutschen Inlandspreisen vermindert. An der Begünstigung der französischen Stahleinfuhr und der Benachteiligung der deutschen Stahlausfuhr nach Frankreich durch die unterschiedliche umsatzsteuerliche Ent- und Belastung im grenzüberschreitenden Verkehr hat sich dadurch jedoch grundsätzlich nichts geändert. Daher wird weiterhin mit Nachdruck die Beseitigung dieser Wettbewerbsverzerrung gefordert werden müssen. Die Anhebung der Umsatzausgleichssteuer auf die Höhe der tatsächlichen Vorbelastung wird hoffentlich bald vom Bundestag verabschiedet. Eine endgültige Lösung des Steuerproblems scheint jedoch nur durch die Einführung des Mehrwertsteuersystems und den Abbau der Steuergrenzen erreichbar.

Der Inlandsmarkt wird weiterhin nach wie vor durch England, das sich vor dem Beitritt in die Montanunion mit niedrigen Preisangeboten eine Marktstellung zu schaffen sucht, beunruhigt.

Die Walzstahlläger haben sich bei Verbrauchern und Händlern aus jahreszeitlichen Gründen und wohl auch durch Voreindeckungen im Zusammenhang mit der Anhebung der französischen Stahlpreise erhöht. Der in den kommenden Monaten zu erwartende Abbau der Bestände wird den Auftragseingang beeinflussen.

Die Bestellungen aus den übrigen Montanunionsländern waren der Menge nach leicht rückläufig.

Aus Dritten Ländern wurden nur geringe Mengen wegen der unzureichenden Erlöse hereingenommen.

Die Fremdlieferungen an Walzstahl im Zeitraum Juli bis September 1962 lagen über dem im Vorquartal erreichten Stand.

Vergleich der Geschäftsjahre 1960/61 und 1961/62

Der Umsatz, die Förderung und die Erzeugung des Vorjahres konnten im Geschäftsjahr 1961/62 nicht gehalten werden. Lediglich bei der Stromerzeugung war ein Anstieg zu verzeichnen. Die Zahl der Belegschaftsmitglieder verminderte sich insbesondere durch erhebliche Abgänge beim Bergbau.

	1960/61	1961/62	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Gesamtumsatz in Mill. DM	1 234	1 106	—10,4
Bergbau	352	324	— 8,0
Hütte	882	782	—11,3
Umsatz an die Kundschaft in Mill. DM	1 053	958	— 8,9
Bergbau	197	198	+ 0,5
Hütte	856	761	—11,1
Förderung und Erzeugung			
Steinkohlenförderung in t	4 693 166	4 495 556	— 4,2
Kokserzeugung in t	1 800 907	1 647 986	— 8,5
Stromerzeugung in Mill. kWh	1 093,3	1 170,0	+ 7,0
Roheisenerzeugung in t	1 829 328	1 536 766	—16,0
Rohstahlerzeugung in t	2 189 928	1 946 713	—11,1
Walzstahlerzeugung in t	1 573 966	1 457 646	— 7,4
Belegschaft	29 677	28 143	— 5,2
Bergbau	14 252	12 990	— 8,9
Hütte	15 425	15 153	— 1,8

ThyssenkruppCorporateArchives

Die Lieferungen überschritten die Auftragseingänge. Dadurch verringerte sich der Auftragsbestand. Er reicht im Durchschnitt für eine Beschäftigung von noch rd. zwei Monaten.

Im Werk Gelsenkirchen hielt sich der Auftragseingang auf der Höhe des Vorquartals. Einer Zunahme der Inlandsbestellungen stand ein Rückgang des Auftragseingangs aus dem Ausland gegenüber. Der Ende September 1962 vorliegende Auftragsbestand deckt ebenfalls eine Beschäftigung von rd. zwei Monaten ab.

Versorgung: Die Versorgung verlief reibungslos. Bei den Erzen lag der Zugang leicht über dem Verbrauch. Die Bestände an Kohle/Koks und Schrott wurden abgebaut. Die Schrottpreise gaben nach. Bei den Betriebsmaterialien hat sich die Preisentwicklung beruhigt.

Umsatz: Der Umsatz der Hütte an die Kundschaft (ohne Bergbau) erhöhte sich im Zeitraum Juli bis September 1962 gegenüber dem Vorquartal um 11,1 Prozent, während der vergleichbare Vorjahresstand um 5,9 Prozent unterschritten wurde. Die Erhöhung gegenüber dem Vorquartal ist auf die Zunahme der Lieferungen und den Abbau der Angleichungen im Zusammenhang mit der Anhebung der französischen Stahlpreise zurückzuführen.

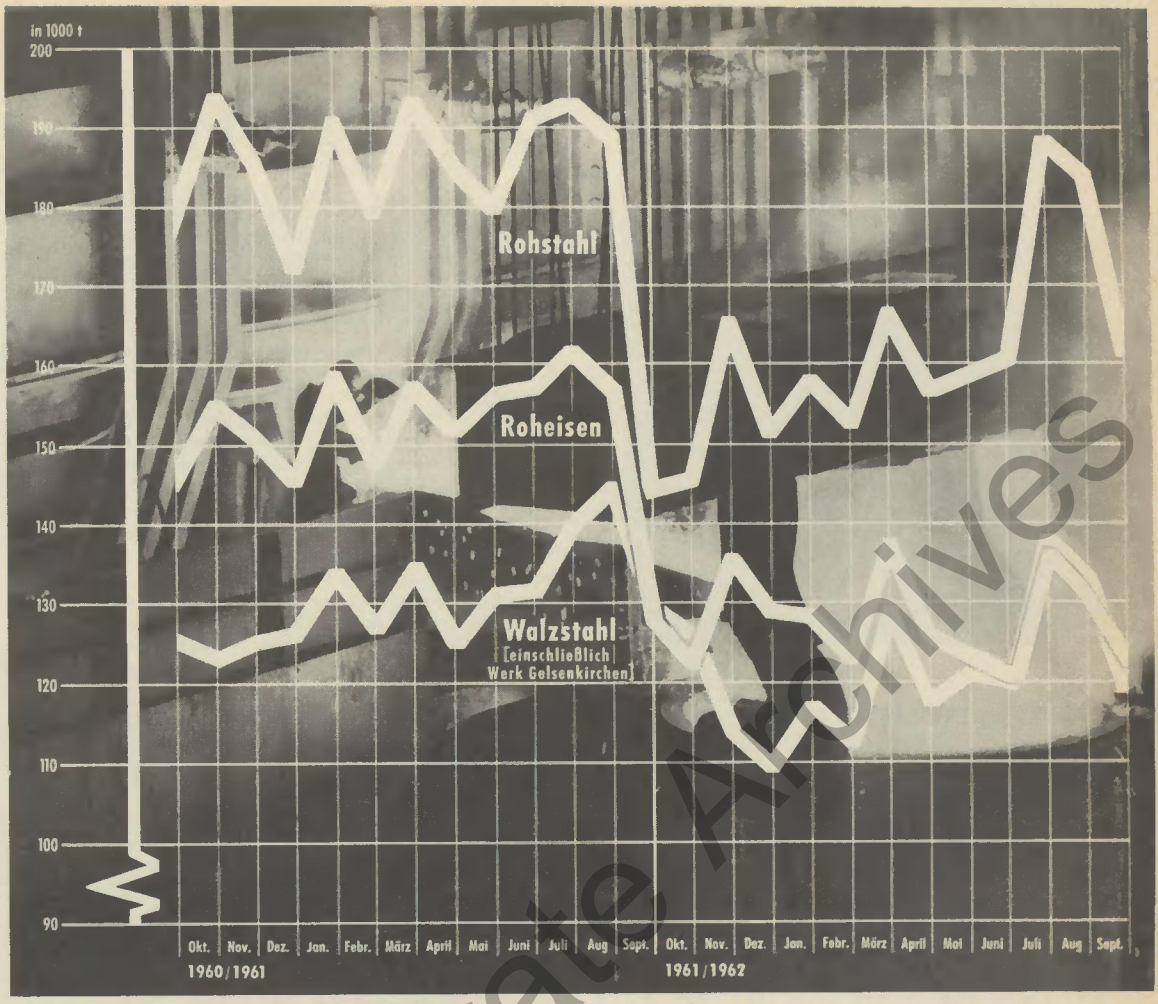
Im Rückgang des Umsatzes spiegeln sich das geringere Geschäftsvolumen und die Mindererlöse als Folge der härteren Konkurrenz. Besonders ins Gewicht fielen dabei die Wettbewerbsnachteile, die der Kohle aus dem Fehlen einer klaren energiepolitischen Entscheidung und dem Stahl aus der umsatzsteuerlichen Wettbewerbsverzerrung erwuchsen. Dies und der gleichzeitige Anstieg verschiedener Kosten — vor allem der Personalkosten — haben sich spürbar auf das Ergebnis ausgewirkt.

Arbeitseinsatz und Sozialbereich: Die Belegschaftsentwicklung von Hütte und Bergbau ist aus der Zusammenstellung (linke Seite unten) ersichtlich. Die rückläufige Belegschaftsentwicklung der Oberhausener Hüttenbetriebe im abgelaufenen Geschäftsjahr 1961/62 ist vor allem auf die angespannte Arbeitsmarktlage zurückzuführen, die nach der allgemeinen Einführung der 42-Stunden-Woche in der Eisen- und Stahlindustrie bzw. 42½-Stunden-Woche in der metallverarbeitenden Industrie ab 1. Januar dieses Jahres noch stärker in Erscheinung trat.

Hinzu kam eine für unsere Verhältnisse überhöhte Fluktuation. Allerdings ist während des Berichtszeitraumes ein Rückgang der auch freiwilligen Abgänge zu verzeichnen.

Der Bedarf an angelernten Arbeitskräften konnte im abgelaufenen Quartal durch die Anwerbung von 300 Spaniern zu einem großen Teil gedeckt werden. Die Zahl der Angestellten ist in den letzten drei Monaten konstant geblieben. Im Werk Gelsenkirchen hielten die Personalschwierigkeiten unvermindert an.

Der Krankenstand der Oberhausener Hüttenbelegschaft



betrug im Juli d. J. 5,07, im August 5,05 und September 5,29 Prozent. Er lag damit ständig unter dem Durchschnittskrankenstand der Betriebskrankenkassen des Hüttenwesens. Im Werk Gelsenkirchen sind die Krankenzahlen noch überhöht. Allerdings sind hier die Auswirkungen der auf 78 Wochen verlängerten Aussteuerungsgrenze besonders hoch (September d. J.: 1,34 Prozent).

Die Sicherheitsarbeit hat während des abgelaufenen Geschäftsjahres zu sinkenden Unfallzahlen geführt. Es ist jedoch zu bemerken, daß die Zahl der Betriebsunfälle im letzten Quartal gegenüber den Vormonaten gestiegen ist. Auf 1 Mill. verfahrene Stunden/Lohnbelegschaft entfielen im Monatsdurchschnitt des am 30. September abgelaufenen Geschäftsjahres 39 Betriebsunfälle mit mehr als einem Tag Arbeitsausfall, während auf den Monatsdurchschnitt des letzten Quartals 55 Unfälle entfallen. Besonders groß war die Unfallhäufigkeit bei den ausländischen Arbeitskräften und Arbeitsplatzneulingen.

Im Geschäftsjahr 1961/62 errichtete die Wohnungsgesellschaft Dümpten für die Belegschaft der Hütte 226 Mietwohnungen. Im Bau befinden sich zur Zeit 273 Wohnungseinheiten, darunter erstmals 64 Eigentumswohnungen.

Prof. Dr.-Ing. Schenck auf dem Eisenhüttentag:

Vertrauen zur Marktwirtschaft

Wie immer, so gab auch der diesjährige Eisenhüttentag, den der Verein Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) am 8. und 9. November in Düsseldorf veranstaltete, wiederum einen Überblick über die Probleme, mit denen die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie fertig zu werden hat. In dieser Hinsicht verdient das traditionelle Schlußwort des VDEh-Vorsitzenden Prof. Dr.-Ing. Hermann Schenck immer wieder besondere Beachtung. In einer bildhaften und allgemein verständlichen Darstellung ging Professor Schenck auf die Situation, in der sich die westdeutschen Hüttenwerke gegenwärtig befinden, ein.

Immer dann, so meinte er, wenn die Stahlerzeugung einmal zurückgehe, würden die Diskussionen in der Öffentlichkeit um die Arbeit der Hüttenwerke lebendiger, als wenn von einer Zunahme berichtet werde. So beschäftigten sich die Meinungen auch in diesem Jahre, das der westdeutschen Stahlindustrie ein Absinken der Rohstahlproduktion von 34,1 Mill. t auf etwa 33 Mill. t, d. h. um etwa 3 Prozent bringen werde, sehr eingehend mit der Tätigkeit der Eisen- und Stahlunternehmen.

Dabei rechtfertigten die gelegentlichen Zickzackbewegungen der Erzeugungskurven keineswegs den sich breitmachenden Pessimismus. Es liege im Wesen der Marktwirtschaft, die Grenzen der Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte abzutasten. Selbstverständlich sei unsere Wirtschaft dabei dem Risiko ausgesetzt, eine zeitweilige Überschätzung des Schluckvermögens der Märkte durch Einschränkung der Erzeugung wieder ausgleichen zu müssen. Dies sei ein natürlicher Einpendelungsvorgang, der sich ständig auf das optimale Wachstum der Wirtschaft einstelle. Bei allen Vorbehalten zu einer Reihe bedenklicher Begleiterscheinungen, die man als „Überkugelung des Prinzips" bezeichnen könne, sei jedoch kein Grund vorhanden, ein weiteres angemessenes Wachstum zu bezweifeln. Professor Schenck mahnte, weiterhin Vertrauen in die Marktwirtschaft zu setzen, der man ja schließlich den Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach dem Kriege zu verdanken habe.

Nun trete jedoch eine andere Komponente, eine internationale, mit wachsender Stärke hervor, nämlich der enorme Zuwachs an Konkurrenz, die sich mit uns den Kuchen des konsumierteren Stahls teilen wolle. Die wirtschaftlichen Beziehungen seien aus den nationalen Grenzen mehr als je ausgebrochen. Was auf der anderen Seite der Erdkugel geschähe, führe in ganz kurzer Zeit zu Rückwirkungen auch in dem anderen Teil. Wenn in einem Bereich ein Gefälle veränderten Bedarfs an Eisen und Stahl auftrete, entstünden Hoch- und Tiefdruckgebiete, die Warenströme um den ganzen Erdball fluktuieren ließen und Gut- und Schlechtwetterzonen herbeiführten, wie man das von der Wetterkarte her kenne.

Schließlich betrage die Zunahme des Stahlverbrauchs seit 1950 — bezogen auf jeden Bewohner der Erde — nicht ganz 4 kg im Jahr. Trotz aller Bemühungen um die Entwicklungsländer sehe es nicht so aus, als ob sich dieser Zuwachs in den nächsten Jahren entscheidend ändern werde. Aber selbst wenn diese Zunahme einmal auf 5 kg je Erdbewohner, also um 25 Prozent höher ansetze, so ergäbe sich für die nächsten zehn Jahre — unter Einrechnung der Bevölkerungszunahme — ein Bedarfszuwachs von jährlich höchstens 20 Mill. t Stahl. Von diesem Kuchen wollten nun alle eine möglichst dicke Scheibe verdrücken.

Theoretisch sei die gesamte Kapazität heute bereits so groß, daß der Mehrbedarf für einige Jahre gedeckt werden könne. Praktisch zeige sich dabei, daß dieser steigende Bedarf im letzten Jahr gedeckt wurde, ohne daß die mächtige Stahlindustrie der Vereinigten Staaten dabei spürbar mitgewirkt habe.

Eine einfache Logik, so führte Professor Schenck weiter aus, sage jedem, daß die Wettbewerbslage so lange gesichert sei, wie die Herstellungskosten der Produkte auf minimale Grenzwerte heruntergetrieben werden könnten. Das bedeute: technische Rationalisierung höchsten Ausmaßes. Es bedeute aber nicht mehr — wie früher — unbedingt eine Erhöhung der Produktion, denn die Absatzlage werde dadurch ja keineswegs erleichtert. Oft werde man daher den Entschluß fassen müssen, sich veralteter Anlagen schleunigst zu entledigen, was überhaupt eine praktische Lösung sei, um den Werken mehr innere Bewegungsfreiheit zu geben.

Die rationale technische Umgestaltung der Werke aber koste viel Geld, dessen Beschaffung nicht leicht sei, da der Kapitalmarkt sich gegenwärtig für die Privatindustrie als nicht sehr leistungsfähig erweise. Bei einer solchen Sachlage verbinde sich die Absicht einer zuverlässigen Werterhaltung zwangsläufig mit der Frage der Selbstfinanzierung. Diese richte sich an den Kapitalgeber, in der Regel also an die Aktionäre, von denen man bei der Entscheidung über denjenigen Anteil des Gewinns, der im Unternehmen weiter arbeiten soll, ein gewisses Maß an Selbstbeschränkung erwarte. Daß sich hierbei Härten ergeben könnten, sei unbestreitbar; aber es sei grundsätzlich festzustellen, daß durch die Werterhaltung des Unternehmens und durch die Sicherung künftiger Gewinne gegen die Unbilden kommender wirtschaftlicher Auseinandersetzungen den Eigentümern der Werke — den Aktionären — am ehesten gedient werde.

Es liege auf der Hand, daß die Gewährleistung eines möglichst hohen Wirkungsgrades der investierten Mittel sich am besten durch weitgehende Konzentration des Geschehens erreichen lasse. Professor Schenck spielte hiermit an auf die Betreibung von Werken durch mehrere Firmen, wodurch Überkapazitäten vermieden würden, zugleich aber auch das unternehmerische Risiko gemindert werde.

Professor Schenck bemängelte, daß bei der Erörterung der Arbeitszeitfrage, namentlich in Sachen Sonntagsarbeit, die Stahlindustrie bisher nicht auf ausreichendes Verständnis des Gesetzgebers gestoßen ist. Nicht zuletzt wegen der negativen Folgen für die Ausnutzung der in den Anlagen steckenden hohen Investitionsmittel habe die Stahlindustrie eine volkswirtschaftliche Aufgabe, deren Erfüllung ihr durch die Regelung der Sonntagsarbeitszeit sehr schwer gemacht werde. Es sei höchst bedenklich, daß aus stark umstrittenen ideologischen Vorstellungen heraus an den Sonntagen nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Öfen Zeit für beschauliche Betrachtungen angeordnet werde. Dadurch erwüchsen der deutschen Stahlindustrie wesentliche Nachteile vor allem im Wettbewerb mit anderen christlichen Ländern.

Zur Lohn- und Arbeitszeitsituation in unserem Lande erklärte Professor Schenck, daß dies ein Gegenstand allgemeiner Sorge sei, weil man allmählich erkenne, daß alle aus der fortschreitenden Verbesserung der Arbeitsprozesse erwachsenden wirtschaftlichen Erfolge durch die sich ständig ausweitenden Lohnforderungen in Frage gestellt würden. Unser Land sehe sich diesem unglücklichen Trend am stärksten ausgesetzt, denn im EWG-Bereich lägen die westdeutschen Arbeitskosten an der Spitze. Keiner werde einen hohen Lebensstandard und Wohlstand als Äquivalent für ehrliche Arbeit und Leistung ablehnen; aber es sei ein Unterschied, ob dieser Lebensstandard durch zumutbare Leistungen verdient oder als Abgelt vermehrter Freizeit ausgehandelt werde. Kein Mensch denke daran, die Schraube zurückzudrehen, aber jede weitere Drehung führe zur Überdrehung, d. h. zu der Gefahr, daß wir in die internationalen Wirtschaftsströme nicht mehr einbezogen würden und als einsame Insel vergangenen Wohlstandes im toten Winkel verblieben.

Trotz dieser schwierigen Situation, so stellte Professor Schenck deutlich heraus, hätten die deutschen Hüttenwerke ihrer Verpflichtung gegenüber der Volkswirtschaft immer Rechnung getragen, was insbesondere durch jahrelange Preisstabilität bewiesen werde.

*

Auf einen Vortrag von Dr.-Ing. H. Weineck, Oberhausen, über „Aufgaben und Probleme des Wärmeingenieurs jetzt und in Zukunft" werden wir bei späterer Gelegenheit zurückkommen.

Thyssenkrupp Corporate Archives



Hohe Ehrung der Stadt für zwei HOAG-Leute

In einer festlichen Ratssitzung in der neuen Stadthalle wurden aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Stadt Oberhausen Bürger, die sich um den kommunalen, wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufbau der Stadt nach 1945 besonders verdient gemacht haben, durch die Verleihung des Ehrenringes der Stadt oder der „Glückauf-Plakette" ausgezeichnet. Unter den Geehrten, die als gewählte Vertreter der Bürgerschaft in schweren Nachkriegsjahren ehrenamtlich sich für den Wiederaufbau der Stadt zur Verfügung stellten und die dafür den Ehrenring erhielten, sind zwei HOAG-Leute, die wir hier — mit der hohen Auszeichnung an der Hand — vorstellen: Pensionär und früherer Meister in der Zurichterei der 550er-Straße (NO), Wilhelm Schönen, und erster Materialausgeber im Zementwerk, Theodor Müller. Auch „echo der arbeit" gratuliert den beiden Mitarbeitern herzlich zu der sie ehrenden Auszeichnung.

Die Siempelkamps:

Drei Jahrhunderte Arbeit im Werk

Jubilarfeiern sind immer ein ganz besonders beliebter Anlaß, in Erinnerungen und in Fotoalben zu kramen. Werkmeister Walter Siempelkamp (NO), der im September auf eine 50jährige Werkszugehörigkeit zurückblickte, fand beim Sichten alter Erinnerungsfotos diese Aufnahme aus dem Kriegsjahr 1917. Sie zeigt Walter Siempelkamp (zweiter von links in Marineuniform) mit seinem Vater, fünf Brüdern und seiner Schwester. Die Geschwister waren damals auf „Kaiser-Urlaub", und das war in jenen unsicheren Zeiten wohl ein Anlaß, sich dem Fotografen in dieser Vollzähligkeit zu stellen. Aber nicht das ist der Grund, weshalb wir dieses Foto in „echo der arbeit" veröffentlichen, sondern die Tatsache, daß sämtliche hier abgebildeten Männer Werksangehörige der Hütte sind oder bis zu ihrem Tode waren. Fangen wir links an. Neben Rote-Kreuz-Schwester Emmy Siempelkamp steht Gerhard, seit 48 Jahren bei der GHH und heute noch Turbinentechniker bei der GHH Sterkrade; dann unser 50jähriger Jubilar Walter, Werkmeister NO; dann (in Zivil) Vater Johann (†), der dem Werk 28 Jahre angehörte und Walzenkonstrukteur war, sodann Otto (†), der bis zu seinem Tode im Jahre 1920 12 Jahre im Werk (zuletzt als Sekretär in Sterkrade) arbeitete; weiter Willy (†), der 48 Jahre lang Werksmitglied und Angestellter im Oberbaubüro NO war; schließlich Johannes (†), 26 Jahre lang Werksangehöriger und zuletzt als Buchhalter auf EO tätig. Auf der Krankenbahre der verwundete Eugen (†), der 46 Jahre lang, zuletzt als Elektrotechniker auf NO unserem Werk treue Dienste leistete. Auf dem Foto fehlt noch Richard (†), der damals auf dem polnischen Kriegsschauplatz stand, zuletzt Walzendreher im Werk. Das sind bei Vater und sieben Söhnen Siempelkamp ganze 262 Jahre Werkszugehörigkeit. Wenn man dann noch die im Werk beschäftigten Söhne des 50jährigen Jubilars Walter Siempelkamp, nämlich Walter (Schienenzurichterei) und Richard (Elektriker) und die Tochter Margret (Hollerithabteilung) sowie die Neffen Helmut (Vorarbeiter) und Werner (Hauptverwaltung) hinzuzählt, dann sind es bei 303 Jahren mehr als drei volle Jahrhunderte Siempelkampscher Arbeit bei der Hütte. Dazu kann man nicht nur der Familie und dem Jubilar gratulieren, sondern das Werk kann sich ebenfalls gratulieren ob so viel Werkstreue und jahrzehntelanger Verbundenheit.



Leserbrief zur „Hüttenflora"

Latein ist Glückssache!

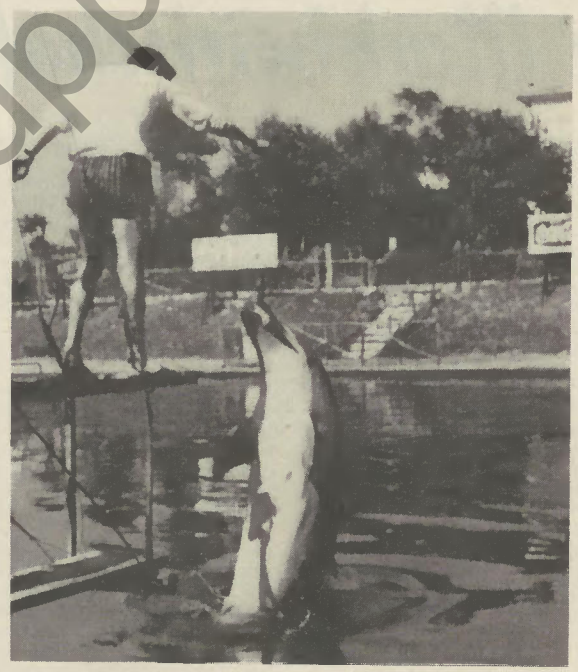
Sehr interessant war es, auch einmal die „Hüttenflora" in „echo der arbeit" zu berücksichtigen. Obgleich ich in der Botanik recht wenig bewandert bin, fiel es mir nicht schwer, Fehler zu entdecken. Ziemlich bedeutungslos erscheinen die Schreibfehler Eupatorium Canabinum (statt Eupatorium cannabinum) und Veronica avensis (statt Veronica arvensis), wenn man den Text zu dem mittleren unteren Bild liest. Die abgebildete Pflanze ist nicht der Rachenblütler Feldehrenpreis, bei der die sehr kleinen Rachenblüten in Trauben dicht gedrängt zusammenstehen, sondern ein Korbblütler, genannt Zichorie oder Wegwarte (Cichorium intybus), wie das Bild auch leicht erkennen läßt. Für die Abbildung darüber müßte der Text etwas geändert werden: „. . . das von ihr wildgesäte Kunigundenkraut oder Wasserdost (Eupatorium cannabinum). . . " Es handelt sich hier, soweit ich es erkennen kann, um die gleiche Pflanze wie links unten. Der Wasserdost führt auch den Namen Kunigundenkraut, während „Massendost" mir völlig unbekannt ist.

G. Lindemann

Anmerkung der Redaktion: „echo"-Leser Gerhard Lindemann hat auf der ganzen Linie Recht, wie sich bei genauem Studium eines recht umfangreichen Wälzers über Kräuter und Unkräuter herausstellte. Er braucht übrigens sein Licht über seine Botanikkenntnisse durchaus nicht unter den Scheffel zu stellen.

Achtung, Werksrentenbezieher

Bekanntlich müssen nach den Lohnsteuerbestimmungen Bezieher einer Werksrente dem Arbeitgeber Lohnsteuerkarten einreichen, auch wenn wegen der Höhe der gewährten Werksrente ein Lohnsteuereinhalt nicht erforderlich ist. — Die Personalabteilungen bitten daher die Bezieher von Werksrente (Pensionäre wie auch Witwen), nach Erhalt der neuen Lohnsteuerkarten für das Jahr 1963 diese unverzüglich einzusenden. Sollten vom Steueramt keine Lohnsteuerkarten zugestellt werden, sind diese beim zuständigen Steueramt (Stadtverwaltung) anzufordern. — Die Angehörigen von Rentenempfängern werden gebeten, diese auf die Verpflichtung zur Einreichung einer Lohnsteuerkarte hinzuweisen.



Franz Dohmann „schoß" Delphin

Wer einen solchen Fisch zu solchen Luftsprüngen veranlassen kann, der muß einen ganz besonderen Köder haben. Aber wenn man gar kein Fisch ist, sondern ein Säugetier wie dieser Delphin, dann springt man eben auch bei den kleinsten Happen, nur so aus reiner Freude. Zweifellos zählen solche Fotos zu den ganz seltenen „Linsen"-Gerichten, an denen man sich im Urlaub ergötzt. Franz Dohmann, Abteilung Verkehr, hatte das große Glück, in seinem Urlaub in Cesenatico (Italien) diesen Schnappschuß zu machen, gerade in dem Moment, als auch das Schußobjekt zum Schnappschuß auf den hingehaltenen Köder ansetzte.

Jungen und Mädchen

die

Verkäufer(in)

werden möchten, bieten wir eine gründliche Ausbildung als Einzelhandelskaufmann, einen gesicherten Arbeitsplatz, gute Aufstiegsmöglichkeiten und zusätzlichen Verdienst.

Der Beruf des Einzelhandelskaufmanns hat eine gute Zukunft, er ist interessant und lebendig. Viele ehemalige Lehrlinge bekleiden heute verantwortungsvolle Positionen in unseren modernen Selbstbedienungs- und Großraumläden.

Bewerbungen mit einem handgeschriebenen Lebenslauf und einer Abschrift des letzten Schulzeugnisses als Anlagen richten Sie bitte an unsere Personalabteilung in Oberhausen-Sterkrade, Vestische Straße 202. Wir geben gerne auch mündliche oder fernmündliche Auskunft. (Werksruf 70/01 und 70/002, Postanschluß 60463/64.)

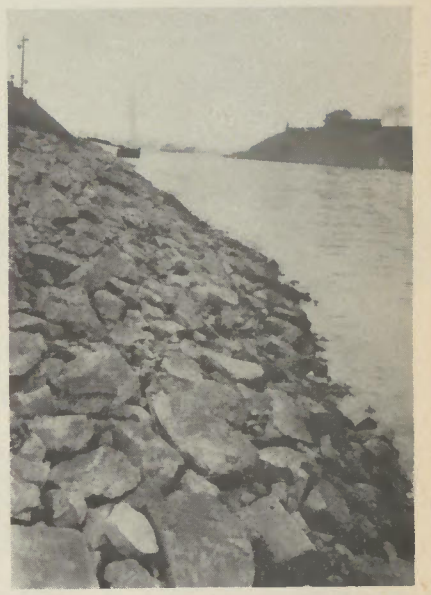
VERKAUFSANSTALTEN OBERHAUSEN GESELLSCHAFT MBH

Krupp Corporate Archives



Niedrigwasser des Rheins verteuert den Erztransport

▲ Vor der Einfahrt zum Nordhafen Walsum herrscht auf dem vom Niedrigwasser stark beengten Rhein ein fast beängstigender Schiffsverkehr, der sich an Intensität mit dem Fahrzeugverkehr unserer Straßen messen kann.



Autofahrer und Fußgänger erzittern gleichermaßen etwa bei der Vorstellung, unsere Straßen würden verengt anstatt verbreitert, und obendrein würde die Zahl der sie befahrenden Autos noch verdoppelt. Dieser glücklicherweise ganz abwegige Alptraum wird auf dem Gebiete der Binnenschiffahrt hin und wieder beängstigende Wirklichkeit. Augenblicklich bedrängt er nicht zuletzt diejenigen HOAG-Mitarbeiter, die für den Antransport des Erzes über den Weg Rotterdam—Walsum verantwortlich sind.

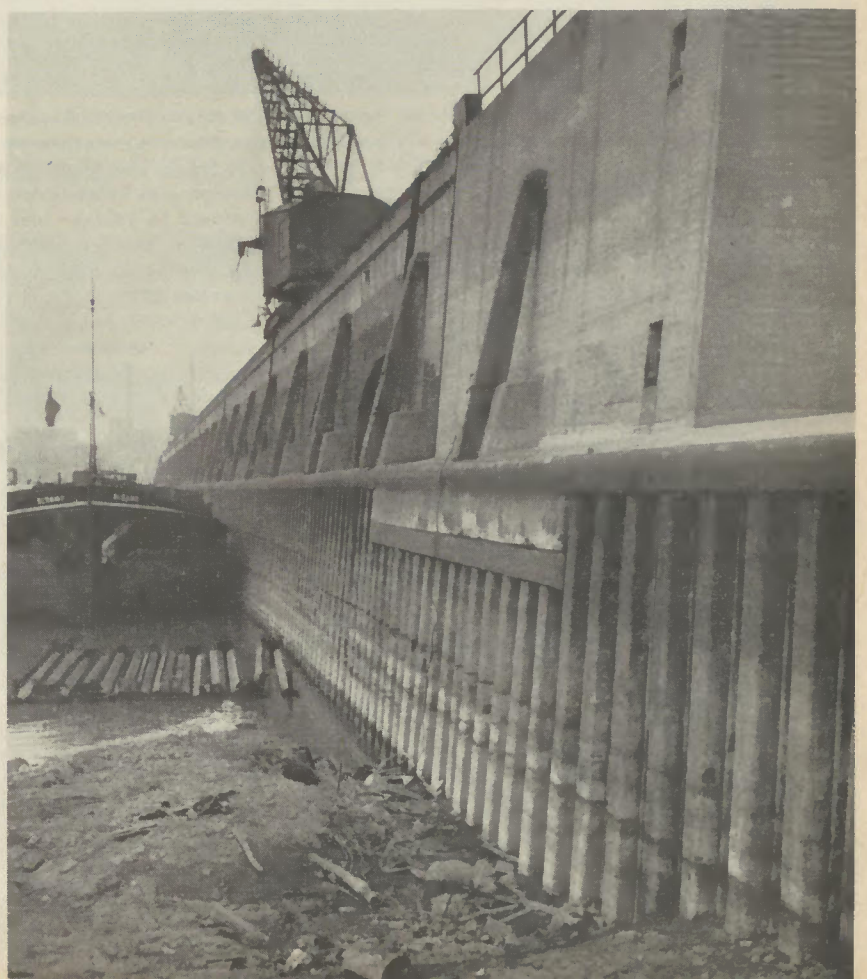
Infolge anhaltender Trockenheit, insbesondere im Alpenvorland und im Mittelgebirge, ist der sonst so mächtige Vater Rhein in seinem Bett bedenklich schmalbrüstig geworden und hat einen Tiefstand erreicht, wie er letztmalig im Dürrejahr 1959 zu verzeichnen war, als der Ruhrorter Pegel nur noch 1,62 m (29. Oktober 1959) maß. Am 8. November dieses Jahres wurden in Ruhrort 1,69 m Wasserstand gemessen. Das ist immer noch erheblich mehr als am 5. November 1947, wo in unserem Hafen der bisher niedrigste Wasserstand von nur 1,17 m registriert wurde. Dazu ist zu sagen, daß sich die Absenkungsarbeiten (unter dem Hafen werden die Kohlenflöze abgebaut) günstig auf den Wasserstand auswirken. Immerhin können bei dem augenblicklichen Niedrigwasser die in Walsum ankommenden Schiffe je nach Größe nur noch zu 45 bis 55 Prozent ausgeladen werden. Bei den zum Ober- und Mittelrhein abgehenden Schiffen ist die Ladefähigkeit noch geringer. Da der Schiffahrt auf diese Weise ein erheblicher Frachtverlust entsteht, sind Kleinwasserzuschläge zu den Frachten zu zahlen, die sich nach dem Ruhrorter Pegel richten und die zur Zeit hundert Prozent betragen. Der Rhein ist also eine der „großen Unbekannten" unserer Kalkulationsabteilung.

Bei der geringen Beladungsmöglichkeit ist natürlich Schiffsraum jetzt sehr gefragt. So entsteht auf dem schmal gewordenen Rhein ein außerordentliches Schiffsgedränge. Auch der Walsumer Hafenverkehr ist reger und schwieriger geworden. Bei geringerer Wassertiefe und -breite müssen viel mehr Schiffe als bei Normalwasser abgefertigt werden. Sind es im Monatsdurchschnitt (Geschäftsjahr 1961/62) rund 395 Schiffe, die in Walsum abgefertigt wurden, so ist diese Zahl in diesen Zeiten des Niedrigwassers um 50 Prozent höher. Darum wundert es uns nicht, daß man in Walsum „regenheischend" zum Himmel blickt und daß auch unsere Einkaufsabteilung, die natürlich lieber niedrige als hohe Frachten ansetzt, mit Sehnsucht darauf wartet, daß die Wasserstandsmeldungen von einem Ansteigen des Rhein-Wasserspiegels berichten.



▲ Die langen Leiber der Erzkähne, die aus Rotterdam den Rhein hinaufziehen und in unserem Hafen festmachen, sind von der „Schmalkost" nur zur Hälfte gefüllt, damit die Schiffe im Kleinwasser des Rheines keine Bodenberührung bekommen oder steckenbleiben.

Durch das Niedrigwasser ist nicht nur der Wasserspiegel im Hafen Walsum stark abgesunken, sondern auch die Wasserfläche hat sich verkleinert, wodurch der verstärkte Hafenverkehr noch mehr beeinträchtigt wird. ▶



Tief liegen die nur zur Hälfte ausgeladenen Schiffe am Kai des Hafens. Von Stufe zu Stufe, ablesbar an den horizontalen Wasserspiegelmarkierungen an der Kaimauer, ist der Wasserspiegel abgesunken. ▶

Thyssenkrupp Corporate Archives

Sie arbeiten für den Platz an der Sonne

Ausländische Arbeitskräfte in unserem Werk

Spanien, Griechenland, Italien. Das beinhaltet für uns regen- und kältegewohnten Revierleute gleichsam blaues Meer, Sonne, roter Wein, gutes Essen und überhaupt alle die Wunder, die Natur, Kultur und Kunst in südlichen Zonen vor uns ausbreiten. Wir folgen dem Ruf dieser Wunder alljährlich zu Millionen. Halb neid- halb vorwurfsvoll mokieren wir uns über die große Zahl der dunkelhäutigen, schwarzgelockten Müßiggänger, denen wir dort begegnen.

Indessen, was uns als „Faulheit" oder „dolce far niente" dünken will, ist in den industriearmen südlichen Ländern zumeist der Mangel an Arbeitsplätzen, der Millionen arbeitswilliger, gesunder Menschen zum Nichtstun und sie und ihre Familien zu bitterster Armut verurteilt. Was Wunder, wenn die Kunde von der deutschen Wirtschaftsblüte bei diesen an sich schon leicht wundergläubigen Menschen wie ein Lockruf zur Reise „ins gelobte Land" wirkt: Endlich arbeiten können, endlich die zumeist vielköpfige Familie menschenwürdig ernähren und kleiden zu können. Da reißt sich der Südländer, der in weit größerem Maße als wir Deutschen familienverbunden ist und mit allen Fasern seines Herzens an seinem Lande, seinen Sitten und nicht zuletzt an seiner Küche hängt, von allem los und fährt in dieses Wunderland im Norden, wo man für gute Arbeit gutes Geld verdienen kann, wo die soziale Betreuung und die Krankenversicherung, gemessen an südlichen Verhältnissen, märchenhaft gut sind. Nur ganz wenige sind dabei, die das Abenteuer in der Fremde lockt, die meisten werden — auch wenn sie schon seit einigen Jahren in Deutschland sind — das Heimweh nicht los. Aber man nimmt alles in Kauf, das fremde Land, die Schwierigkeiten mit der sprachlichen Verständigung, das Alleinsein in gemieteten (und manchmal nicht billigen) Zimmern, den grauen Himmel, das Verlorensein in den großen Städten des Nordens.

Der Zug der Südländer nach Norden, im Gegensatz zu dem Zug der Nordländer nach Süden, folgt nicht dem Antrieb der Reiselust und des Sonnenhungers, sondern dem nackten Selbsterhaltungstrieb gehorchend, brachte bisher rund 600000 Arbeitskräfte nach Deutschland, zumeist Italiener, aber auch sehr viele Spanier, Griechen und Türken, ja Nordafrikaner und auch Leute aus den mitteleuropäischen Ländern. Selbst diese Riesenzahl, die etwa der Einwohnerzahl von Essen entspricht, hat die Not der Menschen in Spanien, Süditalien, Sizilien, Sardinien und Griechenland noch nicht grundlegend wenden und auf der anderen Seite den Arbeitskräftebedarf der bundesdeutschen Wirtschaft noch nicht ausreichend decken können.

Sie kamen und kommen auf Vermittlung der Außenstellen des Bundesamtes für Arbeitsvermittlung oder geworben auf Eigeninitiative von Industriebetrieben oder gar als „Touristen", die sich jedoch nicht für den Rhein und seine Burgen, sondern im besonderen Maße für die Ruhr und Stahl und Kohle interessieren. In ihren Briefen, die sie nach Hause schreiben, und in ihrem Heimaturlaub sagen sie es allen: Kommt nach Deutschland, dort gibt es noch Arbeit für Hunderttausende! Einer zieht den anderen nach. Zum nicht geringen Schrecken der Wohnungsbehörden und der Werksfürsorgestellen stehen dann oft plötzlich Ehefrauen und eine große Kinderschar da und bitten: Nun gebt uns eine Wohnung! Auch unser Oberhausener Stahl ernährt viele Frauen und Kinder in Andalusien, in den griechischen Gebirgen, im tiefen Süden Italiens. 340 Spanier, 40 Griechen und 14 Italiener sind im Hüttenbereich Oberhausen beschäftigt, und um hier die Liste unserer ausländischen Arbeitskollegen zu vervollständigen: Das Werk beschäftigt außerdem 48 Holländer, einen Belgier, 6 Polen, 4 Ungarn, 4 Österreicher, 5 Jugoslawen, 2 Litauer, einen Ägypter, 2 heimatlose Ausländer, 8 Staatenlose und 3 Belegschaftsmitglieder, deren Staatsangehörigkeit unklar ist. Praktikanten und Werkstudenten sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Hilfe für die ferne Familie

„echo der arbeit" hat einige unserer ausländischen Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätzen besucht und sie mit Hilfe der vom Werk angestellten Dolmetscher interviewt. Gleich der erste, den wir trafen, scheint uns ein Beweis dafür, wie es auf und ab in der Welt mit Ruhm und Glanz und Reichtum geht: Auf dem Flämmplatz sprechen wir einen hochgewachsenen Mann an, der seine Schutzmaske abnimmt und sich vorstellt: Sofokles! Dieser Sohn des modernen Hellas trägt nur den Namen und die Volkszugehörigkeit jenes antiken Tragikers, der großes Welttheater geschrieben hat. Saroglu Sofokles ist, wie so viele seiner Landsleute, Leidtragender der Welttragödie, die „soziales Elend" heißt. Er ist 28 Jahre alt und ledig und hat zu Hause in einer Textilfabrik gearbeitet. Sein Verdienst in Oberhausen gibt ihm die Möglichkeit, seinen in Hamburg studierenden Bruder finanziell zu unterstützen. Sein Landsmann Spyridon Tapinos, der ebenfalls seit September auf dem Flämmplatz arbeitet, war zu Hause im Baugewerbe verdingt. Aber in einem Lande, wo der gutbezahlte Hilfsarbeiter monatlich nicht über 200 Mark hinauskommt, gab sich ihm nicht die Möglichkeit, seine Eltern zu unterstützen und für die Aussteuer seiner Schwester zu sorgen. Das kann er nun in Oberhausen. „Uns gefällt die soziale Fürsorge und die Ordnung in Deutschland", sagen die beiden Griechen. Dolmetscher Stephan Delistojannakis, der im Auftrage des Werkes seine 40 griechischen Landsleute betreut, bestätigt das.

Wir sprachen mit Meister Pohl, der am Knüppelplatz unter 126 Männern 44 Spanier in seinem Bereich beschäftigt. „Die Spanier sind willig und fleißig, aber die sprachlichen

Schwerarbeit leistet Segundo Carides Perez als Hebeler im Radsatzwerk. Der ehemalige spanische Profi-Boxer hat sich in Oberhausen Frau und Kind angeschafft, sie vor den Unbilden des Winters nach Süden geschickt und obendrein ein Auto gekauft.



ThyssenKrupp Corporate Archives

Schwierigkeiten erschweren hin und wieder den Einsatz dieser ausländischen Arbeitskräfte", sagte Meister Pohl. Dolmetscher Perez und sein Assistent Benites aus Ecuador können natürlich nicht überall zugleich sein. Immerhin haben die Spanier schon etwas deutsch gelernt, und dann verstehen sich Südländer ja auch besonders gut auf Zeichensprache.

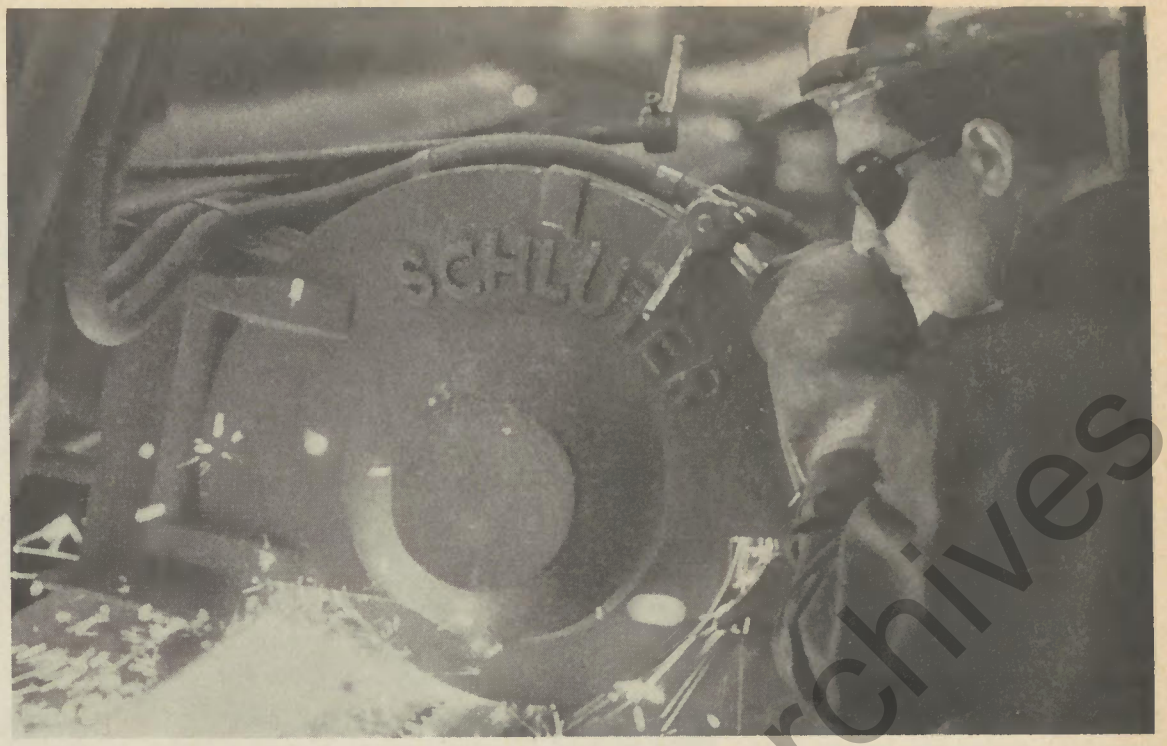
Die Zeichensprache reicht hier nicht aus

Nun mag ein Gespräch mit den Händen zwischen deutschen und ausländischen Arbeitskräften zuweilen recht amüsierlich sein; bei der Arbeitsanweisung ist das schon problematischer. Ganz ausgeschlossen aber ist eine solche „Unterhaltung" in Dingen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit, wo jeder Zweifel und jeder Irrtum verheerende Folgen haben können. Darum werden die ausländischen Arbeitskräfte, die ohnehin in ihrer Sprache Arbeitsschutzdruckschriften erhalten haben, laufend unter Mithilfe der Dolmetscher mit den Arbeitsschutzbestimmungen bekanntgemacht.

Übrigens strafen unsere Spanier die Annahme Lügen, die Leute von jenseits der Pyrenäen seien Romantiker und sie kennten nur etwas von andalusischen Nächten bei Tangomelodien, von feurigen Flamencos und blutigen Stierkämpfen. Unsere spanischen Arbeitskräfte sind recht realistisch, sie wissen sich auf ihre neue Umgebung einzustellen und dem Leben unter grauem Himmel und in kälteren Regionen auch gute Seiten abzugewinnen. Sie gehen nach Feierabend und sonntags ebenso elegant aus wie ihre deutschen Arbeitskollegen, und wo nebenbei ein Groschen zu verdienen ist, das haben sie ebenso bald heraus wie unsereins. So hat sich Pedro Servian Nieto, der in Spanien Kraftfahrer war, einen alten VW-Bus zugelegt, mit dem er seine spanischen Arbeitskameraden vom Lager Kleekamp zur Schicht und wieder zurück befördert. Und Segundo Carides Perez, alter Profiboxer im Lande der Zitronen, hat sich im Lande der Kohle und des Stahls schon ganz gut durchgeboxt: Er hat sich in Oberhausen nacheinander innerhalb eines Jahres Frau, Kind und Auto zugelegt.

Ein Stück Entwicklungshilfe

Natürlich ist Deutschland für unsere ausländischen Arbeitskräfte kein Schlaraffenland. Das haben besonders diejenigen schnell gemerkt, die ihre Arbeitsverträge nicht einhielten, auf Wanderschaft oder gar zurück in ihre Heimatländer gingen. Natürlich hat es Antonio Espada Castillon vom Knüppelplatz immer noch nicht leicht, mit seinem Verdienst ausreichend Geld für seine Frau und fünf Kinder nach Hause zu schicken und außerdem selbst in Oberhausen gut zu leben. Jedoch in Erfüllung dieser doppelten Aufgabe des Unterhalts ihrer selbst und ihrer fernen Familien sind unsere ausländischen Arbeitskollegen gezwungenermaßen geradezu Musterbeispiele des vielempfohlenen „Maßhaltens". Wir Deutschen sollten ihnen, die gewiß lieber daheim bei ihren Familien wären, Verständnis und Hilfe entgegenbringen. Denn wie das in unserem Betriebe verdiente Geld so ist ein gutes Wort — oder, wenn man des Wortes nicht mächtig ist — ein gutes „Zeichen" auch eine Art von Entwicklungshilfe für Menschen, die den Platz an der südlichen Sonne schweren Herzens geräumt haben, um einen Platz an der wärmenden Sonne des sogenannten Wirtschaftswunders zu erhalten.



Gut eingelebt und vertraut mit seiner Arbeit und der Umgebung ist der Spanier Adolfo Dorados Barrado. Auch er hat im fernen Andalusien eine Frau und fünf Kinder zu versorgen, wozu ihm sein Arbeitsplatz an der Knüppel-Schleifmaschine die Möglichkeit gibt.

Die Zeichensprache reicht für die Unterweisung im Arbeitsschutz keinesfalls. Sicherheitsmeister Hermann Kreze, NO (ganz rechts), läßt daher jedes seiner Worte durch Dolmetscher Benites (zweiter von rechts) übersetzen. „Claro?" fragt der Dolmetscher. „Claro!"



Wenn Meister Ratzuweit (zweiter von rechts) am Flämmplatz den beiden griechischen Arbeitern Spyridon Tapinos (rechts) und Saroglu Sofokles (links) den Arbeitsvorgang erklärt, ist ihr Landsmann Stephan Delistojannakis als Dolmetscher unentbehrlich.



„Fünf Kinder warten Weihnachten in Spanien auf mich!" so beschwört Antonio Espada Castillon Meister Pohl, der jedoch von den 22 spanischen Arbeitern in seinem Bereich zu Weihnachten nur fünf entbehren kann. Schwierig, das begreiflich zu machen.



Der Spanier Manuel Naranjo Rodriguez (Richtmaschine WO) hat mit italienischen Spaghetti ebenso zu kämpfen wie deutsche Esser. Aber diese Kost kommt den auf ihre südliche Küche schwörenden Spaniern schon sehr entgegen. Foto: Mittag im Lager Kleekamp.



Thyssen Krupp Corporate Archives

Gelsendraht

Neuigkeiten mit einem Blick





Unsere Schweißer sind keine Reisesnobs

Die Romantik nimmt Reißaus, wenn sie den Schweiß der Arbeit riecht! So wird zuweilen gesagt. Aber auch in großen modernen Industriebetrieben hat die Romantik zuweilen ein Refugium, welches liebevoll gepflegt wird. In der Schweißerei in unserem Gelsenkirchener Werk sind die Ferienerinnerungen unserer Schweißer aus einigen Jahren verewigt. Als Postkartengrüße prangen sie, nach Jahren geordnet, auf Brettern, und so bringen sie ein wenig die frohe Stimmung vergangener sonniger Ferientage in die Arbeitswelt und mischen helle Farbkleckse in das Alltagsgrau. Beim Studieren der vielen bunten Postkarten fällt übrigens auf, daß unsere Gelsenkirchener Schweißer durchaus keine „Urlaubs-Snobs" sind, die nicht weit genug von der Heimat entfernt ihre Ferien verbringen können. Es sind bis auf ganz wenige Ausnahmen deutsche Urlaubsziele, von denen diese Postkarten abgeschickt wurden. Einer der Absender brachte aus dem Schwarzwald gleich noch eine Wanduhr mit, die den Schweißern Arbeitszeit und Pause und Feierabend mißt. Und weil der Humor mit der Romantik Tür an Tür wohnt, wurde das Schild „Direktion" an der Tür zum Schweißerei-Magazin aufgehängt. Ein stiller Protest „wider den tierischen Ernst".

Beim Glühen gibt es keinen Zunder

Während in der neuen Großglühanlage die beiden Drei-Kammer-Öfen noch ausgemauert werden (im Vordergrund), sind die acht Glühtöpfe (Hintergrund) schon in Betrieb. Mittels eines 20-t-Krans werden die beiden je 18 t schweren Glühhauben von einem Glühtopf auf den anderen gesetzt. Der Glühprozeß geht mit Schutzgas vor sich. Es wird also überflächenblank geglüht, eine Verzunderung tritt nicht ein.

Neues Drahtlager mit Bahnanschluß

44 x 96 m groß ist die Grundfläche der kürzlich in Betrieb genommenen Halle für das Blankdrahtlager. Zur Zeit werden die Waagen noch montiert. Auf einer der Stirnseiten (im Hintergrund) führt der Gleisanschluß der Bundsbahn direkt in die Halle, während auf der gegenüberliegenden Schmalseite auf Lastkraftwagen verladen wird. Übersichtlichkeit hilft hier arbeiten.



Ein „Eigenheim" für Baustahlgewebe

Unter Dach ist die 144 m lange und 54 m breite Halle für die Produktion und die Lagerung von Baustahlgewebe. Die linke Seite der Halle ist 10,8 m hoch. Hier wird die Produktion untergebracht. Die rechte Seite ist 14,5 m hoch. Hier werden Gewebematten bis zu 7 m hoch gestapelt. Sie brauchen also während der Baupause nicht mehr im Freien zu liegen und können nicht rosten.



thyssenkrupp Corporate Archives

Frei sein wie die Väter...?

Von Freiheit und „Freiheit"

7. Fortsetzung

Eine ganz andere Natur war Wilhelm Emanuel von Ketteler, in vielem gerade das Gegenteil von Kolping. Er stammte aus einem alten münsterländischen Adelsgeschlecht; Kolpings Vater war ein einfacher Schäfer gewesen. Kolping hat sich auf eine Aufgabe beschränkt; Ketteler erscheint ihm gegenüber als vielseitiger Grandseigneur. Kolping hat nur einen niedrigen Grad der Priesterwürde erreicht; Ketteler war als Bischof von Mainz ein Kirchenfürst par excellence. Gemeinsam war beiden die Sorge um die Erhaltung der menschlichen Substanz in den Wirren der Zeit. Dabei zeigte sich Ketteler als unermüdlicher Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, er war ein streitbarer Geist, vor allem hinsichtlich seiner Forderungen nach individueller und kirchlicher Freiheit. Kolping war dagegen kein Kämpfer im eigentlichen Sinne, sein Losungswort war: „Wer Menschen gewinnen will, muß das Herz zum Pfande einsetzen."

Freiherr von Ketteler

Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler (1811—1877), der Baron aus dem Münsterland, war ein Hüne von Gestalt, ein gewaltiger Nimrod vor dem Herrn, kurzum ein Lebensgenießer. Obwohl er die Preußen nicht gerade liebte, trat er nach Beendigung des Jurastudiums in die Dienste des Königs von Preußen und quittierte diesen Dienst, als ein anderer westfälischer Edelmann, der Kölner Erzbischof Clemens August Freiherr Droste zu Vischering, beim Streit mit dem Staat über die Mischehenfrage verhaftet wurde. An seinen Bruder schrieb er: „Ich kann nicht einem Staat dienen, der die Aufopferung meines Gewissens fordert." Ketteler entschloß sich, Geistlicher zu werden.

Im Münsterland machen noch heute Anekdoten die Runde, durch die die Urwüchsigkeit des Pfarrers von Ketteler, der damals Pfarrherr in der Gemeinde Hopsten (Krs. Tecklenburg) war, beinahe legendär geworden ist. Bei Ausbruch der 1848er Revolution begrüßte er „den Sturz und Tod des jammervollen Polizeistaates" mit unverhohlener Freude.

Seine große Rolle beginnt, als er kurz darauf als Abgeordneter in die Frankfurter Paulskirche einzog. 1849 wurde er Propst an der Hedwigskirche in Berlin, 1850 bereits Bischof von Mainz. Mit den Mächtigen, den Fürsten ebenso wie mit den Industrieherren seiner Zeit, ist er schonungslos in dem noch heute lesenswerten Buch „Die Arbeiterfrage und das Christentum" ins Gericht gegangen.

Mit der gleichen Schärfe lehnte er aber auch die sozialistische Zielsetzung ab. Ferdinand Lasalle erkannte er zwar „das unbestreitbare Verdienst" zu, die Situation des Arbeiterstandes „mit unerbittlicher Schärfe und Wahrheit aufgedeckt" zu haben, doch ohne innere Beziehung zum Christentum hielt er seine Lösung der Arbeiterfrage nicht für möglich. Aber dieser Baron aus dem Münsterland sah auch, daß die Kirche im Zeitalter des Frühkapitalismus und der Industrialisierung nicht mehr Herrenkirche bleiben konnte, daß sie sich im Volk einen neuen Platz und neue Aufgaben gewinnen müsse. So wurde dieser aristokratische Bischof, nach außen hin noch ganz Sohn der alten Feudalhierarchie, zum ersten „Arbeiterbischof" in Deutschland.

Das Werden des deutschen Nationalstaates und Verfassungsstaates sowie Deutschlands Weg zum Industriestaat und die Umschichtung der Sozialstruktur aus der Ständegesellschaft in eine industrielle Klassengesellschaft sind die Faktoren, die Ketteler zum Handeln bewegten. Schon früh hat er die Bedeutung der sozialen Frage erkannt und die unter Leo XIII. vollzogene Wendung der katholischen Kirche zu sozialpolitischer Tätigkeit von Deutschland aus vorbereitet. Er gilt als der „Vater der katholischen Soziallehre". Gerade hierin zeigt sich seine Sorge um die persönliche Freiheit und die sittliche Selbstbestimmung der Menschen. In einer vielbeachteten Rede forderte er 1869 die Koalitionsfreiheit und machte sich damit zum Fürsprecher einer freien Gewerkschaftsbewegung. Im gleichen Jahr unterrichtete er die Fuldaer Bischofskonferenz in einem umfassenden Überblick über die Arbeiterfrage, wobei er auf die Notwendigkeit einer Sozialreform hinwies und insbesondere die Forderung nach einem staatlichen Arbeiterschutz erhob.

An Vorschlägen zur Lösung der gesellschaftspolitischen Frage hat Ketteler es nicht mangeln lassen. Seine Vorstellungen gipfelten in der These: Das isolierte Individuum der vom modernen Staat und vom Kapitalismus atomisierten Gesellschaft bedarf der Garantien seiner Freiheit in einer neuen Ordnung, denn Freiheit bedeutet gleichzeitig Ordnung.

War Ketteler in vielem ein unbequemer Mann für den Bismarckschen Staat, so war er dies aber auch für seine eigene Kirche. Auf dem Vatikanum zeigte er sich als entschiedener Gegner der Unfehlbarkeitserklärung des Papstes; nur widerstrebend unterwarf er sich schließlich dem Konzilsbeschluß. Im Alter von 66 Jahren starb er in Oberbayern, auf einer Rückreise von Rom.

Otto von Bismarck

Otto von Bismarck, der um jene Zeit die deutsche Politik lenkte, war in grundsätzlichen Fragen ein Gegenspieler Kettelers. Die Auffassung Kettelers von der Stellung der Kirche im Staat, sein Verhältnis zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und schließlich sein Vordringen in den Bereich des „Politischen" mußte einfach kollidieren mit dem streng konservativen Naturell eines Bismarck. Dieser Mann, der von Historikern oft als der größte Staatsmann der deutschen Geschichte bezeichnet wird, wurde am 1. April 1815 in Schönhausen in der Altmark geboren. Er war Sproß einer Adelsfamilie, die, wie er gern zu betonen pflegte, länger im Lande saß als die Hohenzollern. Die Mutter, eine überaus geistvolle Frau, war bürgerlicher Herkunft. (Später, im Alter, hat Bismarck behauptet, er gehörte im Grunde genommen gar nicht zur preußischen Adelskaste, seine Standesgenossen hatten ihn, wegen seiner Mutter, nie ganz vollgenommen.) Seine Ausbildung — Universität, Verwaltungsdienst, Offizier in einem feudalen Kürassierregiment, Betätigung auf den Familiengütern — war standesgemäß, aber ansonsten nicht außergewöhnlich.

Doch den Junker trieb es in die Politik, nicht zuletzt deswegen, weil er meinte, die bedrohten Privilegien seiner Klasse dort am wirkungsvollsten verteidigen zu können. Gleichsam, so hat er selbst freimütig bekannt, lockten ihn Macht und Ruhm. Wider Erwarten gefiel sich der robuste Landedelmann Bismarck, dem Äcker, Wälder, Viehzucht und Pferde zeitlebens mehr bedeuteten als aller Tand der Städte, im politischen Gewühle Berlins, wohin er 1847 als Abgeordneter des nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählten Landtags übersiedelte. Der lebensfrohe, aber stets aggressiv-freche Politiker, der bald so etwas wie ein parlamentarischer Führer der Konservativen wurde, ging bei Hofe ein und aus. Er politisierte mit den Prinzen und wollte im März 1848 nichts Geringeres als einen gegenrevolutionären Staatsstreich inszenieren. Daß der König im März 1848 hinter einer schwarzrotgoldenen Fahne herritt, hat ihn zutiefst erschüttert. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" berichtete er später, wie er seine altmärkischen Bauern zu mobilisieren gedachte, um den König aus den Händen der Schwarzrotgoldenen zu befreien. Der friderizianische gegen den demokratischen Geist, war seine Parole. Er schrieb Artikel gegen die „Frankfurterei" und intrigierte gegen die liberalen Ministerien des Revolutionsjahres.

„Blut-und-Eisen"-Politik

Das liest sich anders, als wir in der Schule im Geschichtsunterricht gelernt haben. Doch wenn man über die Geschichte der politischen Freiheit in Deutschland schreibt, dann kann man nicht umhin, Bismarck so zu sehen, wie er sich dem Gedanken der Demokratie gegenüber tatsächlich verhielt. Das schmälert keineswegs die historische Größe des Staatsmannes Bismarck, des Reichsgründers und genialen Außenpolitikers. Golo Mann, der bekannte Historiker, schreibt über den Bismarck des Jahres 1862, in diesem Jahr wurde Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten berufen: „Er (der König von Preußen) nahm ihn in der Not, weil kein anderer Ausweg mehr offen schien, als den ‚tollen Bismarck', den berüchtigten reaktionären Junker, so wie er sich 1849 gezeigt hatte; ein letzter Versuch, die Demokraten Mores zu lehren."

Zuvor war Bismarck acht Jahre preußischer Gesandter beim Deutschen Bund in Frankfurt (zu dessen Anerkennung sich Preußen unter Verzicht auf seine Unionspolitik durch die sogenannte Olmützer Punktation im November 1850 bequemt hatte), drei Jahre Botschafter in St. Petersburg und danach für eine kurze Zeit Botschafter in Paris. Für die Ernennung des Machtpolitikers Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen hatte sich insbesondere der Kriegsminister von Roon stark gemacht. Während Bismarck früher einem Eingreifen Preußens in europäische Konflikte stets widerraten hatte, erklärte er nun offen, daß die deutsche Frage nur durch „Blut und Eisen" zu lösen sei. Das Wort von Clausewitz, wonach Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, war wie auf seine Staats-

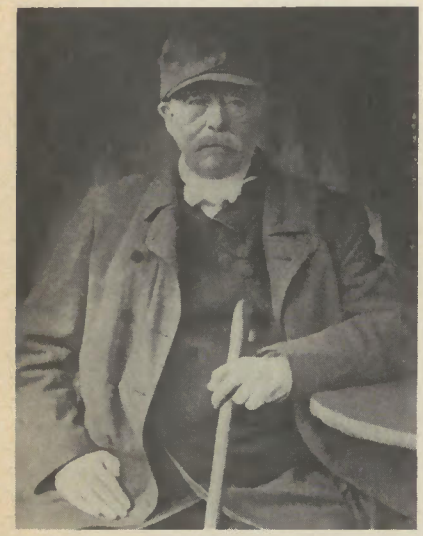
→

Die Kaiserproklamation von Versailles. — Dieses Prunkbild dürfte den Älteren von uns noch in guter Erinnerung sein; es hing früher in vielen Klassenräumen. Jedes Kind kannte damals dieses Gemälde, das den großen Augenblick im Spiegelsaal des Versailler Schlosses festhielt: Die deutschen Fürsten rufen den greisen König Wilhelm von Preußen zum „Kaiser Wilhelm" aus. Dem neu proklamierten Monarchen hatte es übrigens nie nach der Kaiserwürde gelüstet, außerdem grollte er, denn er wollte nicht als „Deutscher Kaiser" ausgerufen werden, sondern als „Kaiser von Deutschland", worin die Fürsten eine Einschränkung ihrer Rechte gesehen hätten. Als man sich über diese Protokollfrage nicht einigen konnte, kam Bismarck (auf dem Bild im Vordergrund links) auf die Idee, das obligatorische „Hoch!" schlicht und einfach auf „Kaiser Wilhelm" anstimmen zu lassen. Der Kaiser behandelte den Reichsgründer daraufhin mit bewußter Ungnade, indem er ihn eine Zeitlang völlig ignorierte. — — Früher war der 18. Januar der Reichsgründungstag, ein hoher nationaler Feiertag. Würdige, bejahrte Männer in Vatermörder und Gehrock oder in Galauniform hielten zur festgesetzten Stunde pathetische Gedenkreden auf das 1871 gegründete Kaiserreich und garantierten dessen ewiges Fortbestehen, Blühen und Wachsen — bis 1918 den ersten deutschen Zusammenbruch brachte. Im übrigen fand die Kaiserproklamation unter Ausschluß des Zivils statt: Fürsten, Offiziere und Uniformen bestimmten das Bild, Repräsentanten des Volkes waren zur Reichsgründung nicht eingeladen worden.
Lithographie nach Hartwich von Kaiser



Wissenschaftliches Archiv

kunst geprägt. Bismarcks Politik führte zu drei Kriegen, 1864 gegen Dänemark (der mit der Annexion Schleswig-Holsteins endete), 1866 gegen Österreich (ein Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland, der das Schicksal des Deutschen Bundes endgültig besiegelte; Preußen hatte nun freie Hand zur Neuordnung des außerösterreichischen Deutschland, was nun zur Gründung des Norddeutschen Bundes führte, einer noch unvollständigen Form eines kleindeutschen Bundesstaates; die süddeutschen Staaten gingen Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen ein) und 1870/71 gegen Frankreich (ein Krieg ohne rechten Kriegsgrund im eigentlichen Sinne). Golo Mann sagt darüber: „Zwischen Preußen und Österreich ging es immerhin um die Vorherrschaft in Deutschland, um einen klassischen Gegenstand der Politik sozusagen. Zwischen Preußen und Frankreich aber ging es um nichts weiter als um die Frage, wer von ihnen der Stärkere sei; eine Frage mehr für böse Buben denn für reife Völker." Schließlich aber war der Krieg gegen den „Erbfeind", der von einer Welle nationaler Begeisterung getragen wurde, für Bismarck nicht zuletzt Mittel zum Zweck, um die etwas ins Stocken geratene deutsche Einigung zu vollenden. Um den Erwerb Elsaß-Lothringens ist es Bismarck eigentlich



Otto von Bismarck, der „Eiserne Kanzler". Das Bild entstand Anfang der neunziger Jahre, als der Reichsgründer nach seiner Entlassung durch den Kaiser zurückgezogen auf seinem Landsitz Friedrichsruh im Sachsenwald lebte.

nie sosehr gegangen, er wußte zu gut, daß die Mehrzahl der Bevölkerung dieses Zankapfels zwischen Frankreich und Deutschland sich als Franzosen fühlte, vielmehr erfolgte die Einverleibung der Grenzlande im Zuge Bismarckscher Sicherheitspolitik und wirtschaftlicher Interessen wegen.

Alle diese Kriege waren nur möglich, weil Bismarck sich auf die Freundschaft mit Rußland stützen konnte. Bismarck hatte sich den Dank des Zaren durch seine Haltung beim polnischen Aufstand 1863 verdient, als er sich gegen eine europäische Intervention aussprach, durch die den gegen die russische Herrschaft ringenden Polen Hilfe zuteil werden sollte. Gleichfalls hatte Bismarck wiederholt die russische Balkanpolitik gegenüber England und Frankreich sowie Österreich unterstützt.

Dreiklassen-Wahlrecht

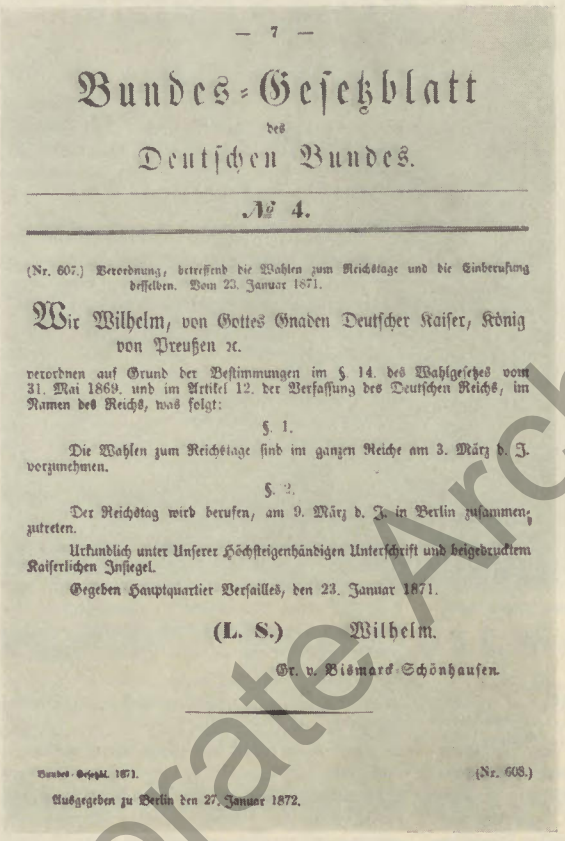
Dieser kurze Abschweif in die Außenpolitik — obwohl dies strenggenommen mit unserem Thema nur am Rande zu tun hat — war nötig, um die Voraussetzungen für die große politische Tat Bismarcks, die Reichsgründung, aufzuhellen. Am 18. Januar 1871 war der widerstrebende König Wilhelm, jener „Kartätschenprinz" des Jahres 1848, dem es keineswegs nach der Kaiserwürde gelüstete und der sich immer und zuerst als König von Preußen fühlte, im Spiegelsaal des Versailler Schlosses zum Deutschen Kaiser proklamiert worden. Bismarck wurde Reichskanzler, er zeichnete verantwortlich für die deutsche Politik.

Der Gründer und erste Kanzler des Kaiserreiches zählt sicher zu den wenigen großen Staatsmännern der deutschen Geschichte. Aber zu den vielfältigen Problemen, die sich aus der Industrialisierung, dem Aufstieg des Bürgertums und dem zahlenmäßigen Anstelgen der Arbeiterklasse ergaben, fand der märkische Junker kein Verhältnis. Im Kaiserreich gab es zwar eine Verfassung, ein allgemeines geheimes Wahlrecht (für die Männer) und ein Parlament. Der Verfassung fehlte jedoch das entscheidende Merkmal einer parlamentarisch-demokratischen Staatsform: d. h. die Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Parlament. Das Wahlrecht war auch nur im Reich als demokratisch anzusehen. In dem größten, den Reichsrat beherrschenden Bundesland Preußen wurde das Abgeordnetenhaus von 1849 bis zur Novemberrevolution 1918 nach dem Dreiklassen-Wahlrecht gebildet: Die Bevölkerung war aufgeteilt in drei Steuerklassen, deren jede die gleiche Zahl von Wahlmännern stellte. Die wenigen höchstbesteuerten Wähler hatten danach ebensoviele Stimmen wie die mittleren Schichten oder die Masse der kleinen Steuerzahler.

Verfassung = Luxus

„Bismarcks Reich", so schrieb Thomas Mann, „hatte im tiefsten nichts mit Demokratie und auch nichts mit Nation im demokratischen Sinne dieses Wortes zu tun." Für den genialen Außenpolitiker Bismarck handelte es sich bei Verfassungsfragen nur um einen „Luxus der Einrichtung". Wie wenig Bismarck von Verfassungsgrundsätzen hielt, hatte er schon im allerersten Jahr seiner politischen Karriere, 1847, wissen lassen: „An Grundsätzen hält man nur fest, solange sie nicht auf die Probe gestellt werden; geschieht das, so wirft man sie fort, wie der Bauer die Pantoffeln, und läuft wie einem die Beine gewachsen sind." Daß Bismarck in der Tat lief wie ihm die Beine gewachsen waren, daß er sich über Empfehlungen des Parlaments hinwegsetzte wie über einen im Wege liegenden Baumstamm, das bewies er 1864 in einer Rede vor dem Abgeordnetenhaus, das von einem Krieg gegen Dänemark nichts hatte wissen wollen. „Wenn wir es nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen, mit oder ohne Ihr Gutheißen."

Immerhin: Es gab in Reich und Ländern Volksvertretungen; die Macht des offiziell „von Gottes Gnaden" herrschenden Kaisers war begrenzter als zum Beispiel die des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die rasch vorwärtsschreitende Industrialisierung verringerte das wirtschaftliche Gewicht der politisch führenden Adelskaste, und der „Vierte Stand" erkämpfte sich nach und nach neue Positionen. Das Bürgertum jedoch ging in der Wertwelt von Adel und Militär auf. Anstatt an 1848 wurde an 1813 angeknüpft, wie ja auch der Geschichtsunterricht im Kaiserreich von 1813 direkt auf 1870 übersprang. Als ob dazwischen nichts gewesen wäre. Das Bürgertum verleugnete seine Tradition. Wo die Väter 1848 auf den Barrikaden gekämpft hatten, krönten die Söhne ihre Karriere mit dem Titel des Reserveoffiziers. Es war die Zeit des „Es braust ein Ruf wie Donnerhall" und des „Sie sollen ihn nicht haben", der Niederwald-Kultur und der Sedan-Feiern, die Epoche der Kriegervereine und einer pervertierten Vaterlandsverehrung. Hinter der „schimmernden Wehr" war vieles öd' und leer, kein Hauch mehr war zu verspüren vom Geist eines Freiherrn vom Stein, Vorbild des Bürgertums wurden die aristokratischen Monokelträger („oft kopiert, nie erreicht"). Das deutsche Bürgertum, dessen große Stunde 1848 geschlagen hatte, dankte ab. Von nun an wurde der Kampf um demokratische Freiheit vornehmlich zur Sache der politischen Linken, der Sozialdemokratie.



— 7 —

Bundes-Gesetzblatt
des
Deutschen Bundes.

№ 4.

(Nr. 607.) Verordnung, betreffend die Wahlen zum Reichstage und die Einberufung desselben. Vom 23. Januar 1871.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen auf Grund der Bestimmungen im §. 14. des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869. und im Artikel 12. der Verfassung des Deutschen Reichs, im Namen des Reichs, was folgt:

§. 1.

Die Wahlen zum Reichstage sind im ganzen Reiche am 3. März d. J. vorzunehmen.

§. 2.

Der Reichstag wird berufen, am 9. März d. J. in Berlin zusammenzutreten.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Hauptquartier Versailles, den 23. Januar 1871.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen.

Bundes-Gesetzbl. 1871. (Nr. 608.)

Ausgegeben zu Berlin den 27. Januar 1872.

Von einem außerordentlich tiefgreifenden Einfluß auf das Verfassungsdenken war insbesondere die Lehre des französischen Philosophen Montesquieu (s. 1. Fortsetzung unserer Serie) über die Dreiteilung der Staatsgewalt in die gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt. Als Verfassungen im freiheitlich-demokratischen Sinne sind u. a. die Verfassungen der Schweiz, Nordamerikas, Englands und Frankreichs in die Verfassungsgeschichte eingegangen. Die erste Verfassung des Deutschen Reiches war die Bismarcksche Reichsverfassung vom 16. April 1871. Dennoch aber war das Deutsche Reich kein Verfassungsstaat im demokratischen Sinne. Es fehlte die Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Parlament, also eine nach demokratischen Spielregeln sich vollziehende Kontrolle der Regierungsgewalt. Jedoch war in der Verfassung die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht (für die Männer) nicht unberücksichtigt geblieben. Bereits im Bundesgesetzblatt vom 23. Januar 1871 (s. nebenstehende Abbildung), also fünf Tage nach der Reichsgründung, war eine Verordnung über Wahlen zum Reichstag erlassen worden. Und zwar wurde vom Reich das Wahlrecht des Norddeutschen Bundes von 1869 übernommen, das seinerzeit durch eine Annäherung zwischen Bismarck und dem Sozialisten Lassalle zustande gekommen war.



„Universalmittel gegen das Volk" — Karikatur des „Simplicissimus" (Th. Th. Heine) 1898

Die Sozialdemokratie

Doch selbst auf den Führer der Sozialdemokraten, den „vaterlandslosen Gesellen" (so hat ihn Bismarck verschiedentlich genannt) August Bebel, hat die patriotische Schwärmerei hin und wieder ausgestrahlt. Mit der ganzen Geringschätzung des preußischen Unteroffizierssohnes warf er einem liberalen Gegenspieler im Reichstag einmal „mangelnde militärische Haltung" vor. Doch das nur nebenbei. Allenthalben beansprucht die sozialdemokratische Partei nach 1871 die einzig gültige politische Sammlung der Arbeiterklasse zu sein, die Partei des „klassenbewußten Proletariats" im marxschen Sinne. Anfangs hatte sie es sehr schwer, allmählich aber wuchs sie zur zahlenmäßig stärksten Partei Deutschlands. Aber selbst auf dem Höhepunkt ihres Erfolges — in den Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges — gewinnt sie doch nur vier Millionen Wähler, während es damals acht Millionen deutsche Fabrikarbeiter gab. Wenigstens die Hälfte von ihnen hielt das Wählen nicht der Mühe wert oder wählte eine andere Partei, etwa das katholische Zentrum oder die liberalen „Freisinnigen".

In den Gründungsaufrufen der deutschen Sozialdemokratie kommt der Name Marx nicht vor. Marx hat ihre Programme nicht geschrieben, er hat sogar das von 1875 scharf und bitter kritisiert. Persönlich haben Marx und Engels nur indirekt mit der deutschen Sozialdemokratie zu tun. Ihr Denken aber wurde bereits durch den Gründer der deutschen sozialdemokratischen Bewegung, durch Ferdinand Lassalle (1825 bis 1864) in der Partei verankert. Er war Sohn eines jüdischen Kaufmanns aus Breslau, ein ehrgeiziger Jüngling, tatendurstig, denkscharf und furchtlos. In sein Tagebuch schrieb er: „Wäre ich als Prinz oder Fürst geboren, so würde ich mit Leib und Seele Aristokrat sein. So aber, da ich bloß ein schlichter Bürgerssohn bin, werde ich Demokrat sein." **(Fortsetzung folgt)**

Corporate Archive

„Feiern" oder „sein" - das ist die Frage

Da liegt ein Mitarbeiter sterbenselend im Krankenhaus; die Heilung geht nur sehr langsam vor sich. Ein anderer Mitarbeiter ist seit Tagen nicht zur Arbeit erschienen. Seine Frau hat angerufen: „Meinem Mann ist es nicht gut!" und hat einen Krankenschein geholt. Diesem Mann ist aber in Wahrheit sehr gut, so wohl, daß er sich den von der Krankenkasse, versteht sich, bezahlten Urlaub leistet, um daheim das Wohnzimmer zu tapezieren oder gar, um anderweitig eine bezahlte Schwarzarbeit zu machen.

An diesen beiden zwar extremen, aber doch wohl gar nicht so undenkbaren Fällen sei einmal der Widersinn des Wortes „krankfeiern" dargetan.

Denn krankfeiern tun sie ja beide, der Mann im Krankenhaus und der kreuzfidele Heimtapezierer. Sie tun also beide das gleiche. Oder doch nicht?

Wer hat das Tätigkeitswort (oder sollte man sagen das Schimpfwort) „krankfeiern" eigentlich erfunden? Wie gedankenlos sind wir, daß wir mit ein und demselben Wort zweierlei so grundverschiedene Handlungsweisen bezeichnen! Denn unter „feiern" stellt man sich doch gewiß etwas anderes vor als das Zipperlein haben oder ein offenes Magengeschwür oder mit einem Schädelbruch im Krankenhaus liegen! Wir aber sagen auch zu den ernstesten Krankheitsfällen „feiern", gerade so, als ob es sich um eine rauschende Ballnacht, eine Twistparty oder um ein Staatsbankett mit allem kulinarischen Komfort und Kommzurück handelte.

„Krankfeiern", als Bezeichnung für die Arbeitsunfähigkeit in wirklichen Krankheitsfällen, ist eine Herabsetzung, mit der wir uns selbst Unrecht tun. Es ist — um eine Anleihe beim vielzitierten Volksmund zu machen — eine sprachliche „Faust aufs Auge", die man sich, wenn man ein reines Gewissen hat, einfach nicht bieten lassen sollte. Man muß doch die Bezeichnung rein voneinander scheiden können, wenn man schon die Geister so säuberlich voneinander scheiden kann. Ist denn unsere deutsche Sprache so arm, daß man in diesem Falle bisher das Kind nicht beim richtigen Namen nennen konnte? Uns deucht, daß hier die Sprachschöpfer eine dankbare Aufgabe hätten. Solange es für das Fernbleiben von der Arbeit wegen echten Krankseins noch kein knappes, einprägsames Tätigkeitswort gibt, sei hier das bei anderen Zuständen so gebräuchliche Kompositum mit dem Hilfszeitwort „sein" (schön sein, lieb sein usw....) vorgeschlagen: Wir „feiern" nicht mehr krank, sondern wir „sind krank".

Das „Krankfeiern" (und hier liegt die Betonung auf „feiern") überlassen wir getrost einzig und allein denjenigen, die irgendein Wehwehchen vortäuschen, um sich einen guten Tag zu machen oder um sonst irgend etwas zu besorgen, wovon der Betrieb nichts, wofür jedoch die Betriebskrankenkasse (und das ist unser aller Geld!) zu bezahlen hat. Womit alle Zweideutigkeit ausgeschlossen, der wirkliche Kranke vom Geruch des fröhlichen Feierns befreit und der Simulant und Täuscher seines Feigenblatts beraubt wäre. Nicht zuletzt täten wir unserer deutschen Sprache damit einen guten Dienst, von der ja im allgemeinen behauptet wird, daß sie sich präzise auszudrücken verstehe.





HOAG-Sänger waren in Berlin

Der Sängerbund der HOAG besuchte auf Einladung des Sängerbundes Berlin-Tempelhof die alte Reichshauptstadt und veranstaltete mit den Gastgebern und anderen Berliner Chören einen frohen „Notenwechsel". Die Teilnehmer an der Fahrt, von denen ein großer Teil Berlin vorher nie gesehen hatte, waren beeindruckt und erschüttert zugleich von dem Bild, welches die zweigeteilte Stadt heute bietet. Die Ruine der alten Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und der Turm des Kirchenneubaus (linkes Foto) bewiesen, daß die alte Reichshauptstadt die Kriegswunden schließt. Das Foto rechts zeigt die Sänger an den vermauerten Häusern der Bernauer Straße, an der Stelle, wo eine Frau aus dem Sowjetsektor den Sprung in die Freiheit wagte und dabei ihr Leben verlor.

Ein Leser meint zur „Freiheit"-Serie:

„Am Gelde ist etwas faul!"

„echo der arbeit" brachte in der Fortsetzungsreihe „Frei wie die Väter waren?" Aufzeichnungen über die Person des Verfassers „Das Kapital", Karl Marx, und berichtete über seinen ideologischen Kampf mit dem Ziel, die soziale Frage zu lösen. Karl Marx' Mission scheiterte jedoch. Das hat der Verfasser in dem Unterabschnitt „Eine neue Ideologie" ausgedrückt. Dieses besagt auch der nächste Unterabschnitt, wo der Verfasser darauf hinweist, daß Karl Marx erleben mußte, wie die deutsche Sozialdemokratie bei der Verkündigung des Erfurter Programms 1875 in „wesentlichen Punkten" von den Richtlinien Karl Marx' abwich. Der Verfasser äußert aber nicht, warum Karl Marx keine klaren Richtlinien herausgegeben hat und in welcher Form diese Unklarheit besteht. Aus dieser Unklarheit jedoch entwickelte sich in Rußland der Kollektivstaat.

Karl Marx hat sich am Gelde geirrt. Nicht am Besitz der Produktionsmittel, am Privateigentum, am Kapitalreichtum liegt die Ausbeutung, sondern am Kapitalmangel, hervorgerufen durch den Zins. Als Begründung, den Sozialismus in der Vergesellschaftung von Produktionsmittel zu verwirklichen, formulierte er:

1. Das Wirtschaften beruht auf dem Wert.
2. Der Wert einer Ware ist die kristallisierte, vergegenständlichte, fixierte Arbeitszeit, die zur Herstellung dieser Ware durchschnittlich erforderlich ist.
3. Der Preis einer Ware ist die Geldform des Wertes. Dem Wert des Geldes entspricht die Arbeitszeit, die zur Herstellung von Gold- und Silbermünzen erforderlich ist.
4. Wenn man von der Wirkung der Monopole und einiger anderer Einschränkungen absieht, werden alle Arten von Waren zu ihren entsprechenden Werten, also entsprechend der aufgewendeten Arbeitszeit verkauft.
5. Der Lohn entspricht dem Wert der Arbeitskraft, der bestimmt wird durch den Wert der lebensnotwendigen Bedarfsgegenstände, die erforderlich sind, die Arbeitskraft zu erzeugen, zu entwickeln und zu erhalten.
6. Der Arbeiter schafft jedoch mehr Arbeitszeitwerte, als in seinem Lohn enthalten sind. Dadurch entsteht der Mehrwert.
7. Weil der kapitalistische Unternehmer notwendigerweise Profit macht, können die Grundbesitzer einen Teil als Rente und die Geldbesitzer einen Teil des Profites als Zinsen beanspruchen.
8. Auf Grund dieser Gesetze entwickelt sich die Wirtschaft wie folgt: Der zügellose Konkurrenzkampf der Unternehmer ruft eine Überproduktion von Gütern und infolgedessen periodische Krisen hervor. Diese führen zur Vernichtung der kleinen und mittleren Betriebe und zur immer stärkeren Zusammenfassung der verbleibenden Großbetriebe. Die völlig monopolisierte Wirtschaft ist schließlich reif, vom Staat übernommen zu werden. Sobald die Produktionsmittel in öffentliches Eigentum übernommen sind, ist es möglich, die Produktion dem Bedarf anzupassen, Werte ohne Zuhilfenahme von Geld nach der Arbeitszeit zu berechnen, jedem ohne Rücksicht auf seine Leistung entsprechend seinen „Bedürfnissen" Güter zuzustellen.

Diese Thesen sind schon vor 40 Jahren von Silvio Gesell widerlegt worden. Er wies nach:

1. Einen Arbeitszeitwert gibt es überhaupt nicht.
2. Die Zeit kann man nicht vergegenständlichen.
3. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.
4. Bei einem Tausch von Waren spielt die Herstellungszeit keine Rolle.
5. Der Lohn richtet sich niemals nach den Bedürfnissen, sondern gerade umgekehrt, die Bedürfnisbefriedigung hängt von der Höhe des Einkommens ab.
6./7. Die Unternehmer müssen sich mit den Arbeitnehmern in das teilen, was nach der Abführung der Kapitalrente (Zins) und der Bodenrente übrigbleibt.
8. Überproduktion gibt es nicht, sondern nur einen Waren- bzw. Kapitalmangel als Folge einer Absatzstockung bei der Verringerung der umlaufenden Geldmenge, und außerdem ist eine planmäßige Verteilung unmöglich nach dem Bedarf, weil der Bedarf nicht feststellbar ist.

Wohl kann man eine Erzeugung und Verteilung nur durch eine allmächtige Bürokratie regulieren. Die persönliche Freiheit wird um so mehr eingeengt. Gesell legte nieder: Der freie Wettbewerb kann auf organischem Wege die Ausbeutung von Menschen durch Menschen aufheben. Wenn man dafür sorgt, daß das Geld umlauf- und kaufkraftbeständig bleibt, ist eine dauernde Vollbeschäftigung garantiert. Ein Wohlstand für alle ist dann die Frucht. Jedoch die marxistische Theorie des Sozialismus war bereits zum Dogma erhoben. Seine Anhänger glaubten blind daran. Gesells Erkenntnisse verwarf man. Nur allmählich beginnen sich seine Erkenntnisse durchzusetzen.

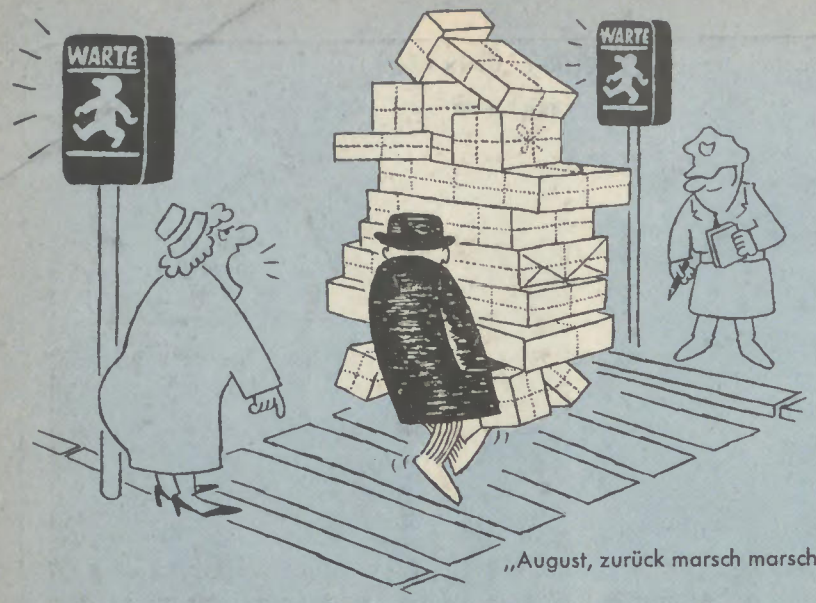
Die SPD ist bei der Verkündigung des Erfurter Programms in wesentlichen Punkten von den Thesen Karl Marx' abgewichen heißt es in dem Aufsatz weiter. Aber bis heute hat sich noch keine klare Konzeption in den schon so oft neu aufgestellten Programmen seit 1875 herauskristallisiert. So lauten die Kernpunkte des Grundsatzprogramms von 1957: „Die Wirtschaftspolitik muß auf der Grundlage einer stabilen Währung die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen. Eine solche Politik bedarf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des Nationalbudgets."

Aber was versteht man unter stabiler Währung? Stabil ist eine Währung natürlich nur dann, wenn ihre Kaufkraft, d. h. der Preisstand, stabil bleibt. Fordert das Programm solche Währung? Führt der geforderte stetig wachsende Wohlstand zu einem Sinken der „Ausbeutung" in Form der Kapitalrente (Zinses), dann kann die Währung nur mit Hilfe geldtechnischer Maßnahmen stabil gehalten werden. Bejahen die Programmverfasser diese Maßnahme? Das SPD-Programm gibt keine Antwort. Wird nämlich die Währung nicht mit dem richtigen Ziele — die Kaufkraft des Geldes — und nicht mit den richtigen Mitteln stabilisiert, dann wird scheinbar der Wettbewerb, die Lenkung der Löhne und Preise durch den freien Markt versagen und eine immer weiter um sich greifende „Planung" nötig machen. Aus der „volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und dem Nationalbudget", die bei einer richtig gehandhabten Währungspolitik völlig überflüssig ist, werden dann unversehens „Fünfjahrespläne".

Weiter heißt es in dem Artikel: Das Massenelend ist beseitigt worden. Das stimmt in der Bundesrepublik nur zum Teil und dann nur, um welchen Preis? Die soziale Frage ist nicht gelöst. Den sogenannten Wohlstand hat man seit 1948 mit Hilfe der schleichenden Inflation erkauft. Letzten Endes wird die schaffende Masse die Zeche bezahlen müssen.

R. Ostrow
Mech. Werkstatt Neu-Oberhausen

Unsere Archive



„August, zurück marsch marsch!"

Vorweihnachtlicher Einkaufsbummel



„Ha ha ha, ich lach mich schief."



„Habt Ihr meinen Verlobten nicht gesehen? Ich hatte ihn zum Weihnachtseinkaufsbummel hierher bestellt."



„Ick mach nich mit, meine Olga hat die komische Angewohnheit, alles umzutauschen, wat ick ihr schenke."



„Den Stecker auch mit verpacken, meine Frau soll doch nicht die geringste Ahnung haben, was drin ist."



„Du Papa, mein Sparschweinchen und dein Weihnachtsgeld vom Hüttenwerk, langt das zu einem schicken Pelzmantel für Mutti?"

thyssenkrupp Corporate Archives